

Novemberrevolution in Württemberg

Die Ereignisse 1918/19 in Württemberg haben gezeigt:
Auch das Schwabenland hat revolutionäres Potential!

Schon am 4. November – einen Tag nach Kiel marschierten in Stuttgart zehntausende Daimler-Arbeiter und Cannstatter Schuharbeiter für die Revolution.

Das waren übrigens wie auch in Kiel und Berlin in großer Zahl Frauen, denn viele Männer waren im Krieg. Da brauchte das reaktionäre kaiserliche, kapitalistische Regime die Frauen als Ware Arbeitskraft für die Produktion. Das hat – unbeabsichtigt – die proletarische Frauenbewegung gestärkt. Diese Frauen haben ihre neu gewonnene Macht genutzt, um das alte System zu stürzen und den Krieg zu beenden.

Und noch ein weiterer wichtiger Punkt: Da marschierten Arbeiterinnen und Arbeiter unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Alle Arbeiterparteien und Gewerkschaften waren dabei. Da hat so mancher Genosse vom Spartakus auf einmal mit einem SPD-Genossen zusammen für die Revolution und das Ende des Krieges gekämpft, die sich zuvor jahrelang gestritten und manchmal auch geprügelt hatten, weil der eine die Zustimmung der SPD-Führer zum Krieg verteidigte und der andere von Anfang an gegen diesen imperialistischen Krieg kämpfte. Nun hatte auch der SPD-Kollege begriffen, was Krieg für ihn, für seine Angehörigen bedeutete. Manchmal muss man miteinander trotz schwerer Konflikte Geduld haben. Und am wichtigsten ist: Man kann sich heftig streiten, aber wo immer es möglich ist, muss man in der Aktion zusammen kommen, so wie wir das heute hier machen. Am Abend des 4. Novembers wurde im Gewerkschaftshaus der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat gebildet.

Am 5. November erschien in Stuttgart die „Rote Fahne“.

Diese veröffentlichte die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates wie

- sofortiger Frieden,
- Abdankung aller Dynastien,
- Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte,
- Freilassung aller politischer Gefangenen,

- Banken und Industrie enteignen,
- 7-Stunden-Tag usw.

Die SPD-Führung war zu diesem Zeitpunkt bereits in die königlich-württembergische Regierung eingetreten. Sie hat damit ihre eigenen Genossinnen und Genossen, die im Arbeiter- und Soldatenrat mitarbeiteten verraten!

Am 5. November wurden auf Betreiben dieser Regierung Fritz Rück, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates und Spartakist, sowie August Thalheimer, Spartakist – beides Führer der Stuttgarter Arbeiterbewegung verhaftet und in Ulm auf der Festung Kuhberg inhaftiert. So hatte die SPD die führenden Köpfe der württembergischen Revolution ausgeschaltet. Mit ihnen wurden zwanzig Revolutionäre verhaftet.

Noch am 9. November versuchten die SPD und die königliche Regierung die Massen zu beruhigen. Eine neue königliche Regierung wurde vereidigt. Sie riefen zu „Ruhe und Ordnung“ auf. Es wurde dafür eine Versammlung „berufener Führer“ „der Arbeiterschaft“ durch den Oberbürgermeister einberufen.

Revolutionäre stürmten am Ende dieser Versammlung das Schloss, das hier direkt hinter uns steht, hissten die rote Fahne und besetzten wichtige Gebäude in Stuttgart. Doch da die führenden Revolutionäre Rück und Thalheimer sowie 20 weitere Kämpfer ausgeschaltet waren, konnte die SPD erreichen, dass am 10. November eine bürgerliche Regierung aus Parteien von der SPD bis zum Zentrum gebildet wurde. So blieben die an der Macht, die für den Krieg, für Millionen Tote, für Hunger und Elend verantwortlich waren. Die Profiteure bei Industrie und Banken kamen ungeschoren davon.

Auch wenn es in den darauf folgenden Jahren immer wieder heftige Kämpfe gab, war die Novemberrevolution gescheitert.

Es gab aber Errungenschaften der Revolution, die die herrschende Klasse nicht mehr rückgängig machen konnte:

- Frauenwahlrecht
- bürgerliche Demokratie, wenn auch verstümmelt wie z.B. durch

Kleinstaaterei, reaktionäres Bildungssystem, keine Trennung von Kirche und Staat

- Betriebsräte
- Abschaffung des Feudalismus
- Eine stark im Volk verwurzelte Friedensbewegung, die durch die Schrecken des zweiten Weltkrieges noch weiter gestärkt wurde. Sie hat bis heute tiefe Wurzeln in unserem Volk.

Gerade heute ist das wichtig. Denn trotz beständiger Propaganda für mehr Aufrüstung und Erhöhung des Kriegshaushaltes ist eine große Mehrheit – und das konstant seit vielen Jahrzehnten - gegen Aufrüstung, Atombomben, Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Bundesregierung dagegen hat mitten in der Pandemie 2020 den Kriegshaushalt um 6% auf 50 Mrd. € erhöht und plant das gleiche für dieses Jahr. Ständig propagiert die Bundesregierung, Deutschland müsse „mehr Verantwortung“ übernehmen. Damit meinen sie Aufrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr, also Kriegsteilnahme.

2020 sind weltweit rund 2 Billionen US-Dollar für Rüstung und Krieg ausgegeben worden. Mit diesem Geld könnten alle Menschen auf der Welt satt werden und jeder eine angemessene Schule und Ausbildung erhalten. Es bliebe sogar noch eine Menge übrig. Man muss sich das mal vorstellen: Da verrecken hier gerade eine ganze Menge kleiner Läden, kleiner Gastronomen, unsere Kolleginnen und Kollegen in den kleinen und großen Betrieben bangen um ihre Arbeitsplätze! Aber für Krieg und die Profite der Rüstungsindustrie ist immer Geld da!

Angesichts der wachsenden Spannungen zwischen den Großmächten, dem Kampf um die Weltherrschaft wird die Situation immer gefährlicher.

Wir fordern in der Tradition der Millionen Menschen, die 1918 für das Ende des Krieges gekämpft haben und im Geiste von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg:

Schluss mit Aufrüstung und Kriegseinsätzen der Bundeswehr!

Ein System, das für Aufrüstung und Krieg steht, ist nicht unser System!

Alle gemeinsam gegen das Kapital!